

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte

Allgemeine Vorprüfung

des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht nach § 7 Abs. 1 UVPG für die Errichtung und den Betrieb von
sieben Windenergieanlagen im Windeignungsgebiet Altentreptow-Ost

Betriebsstätte:	StALU MS 51-571/1713/2021
Antragsteller:	Fairwind Deutschland GmbH Blankenseer Straße 38 17237 Blankensee
Antragseingang:	07.07.2021 (geändert m. Antrag vom 18.05.2023)
Projekt:	4 WEA Nordex N149/5.X 2 WEA Nordex N163/6.X 1 WEA Nordex N117/3600
Kreis:	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Anlagenstandorte:	Gemarkung Altentreptow, Flur 4, Flurstücke 192, 221 und 230 Gemarkung Werder, Flur 2, Flurstück 129/1 Gemarkung Grischow, Flur 3, Flurstück 6/1 Gemarkung Wodarg, Flur 1, Flurstück 257/1 Gemarkung Siedenbollentin, Flur 16, Flurstück 77/1
Bearbeitet durch:	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte, Dezernat 54

1. Merkmale der Vorhaben (nach Anlage 3 des UVPG)

Wirkfaktoren	Wirkfaktoren sind Auswirkungen von Anlagen, die Einfluss auf die Umgebung haben können. Auswirkungen können anlagebedingt, baubedingt, betriebsbedingt oder durch Havarien aufgrund eines nicht ordnungsgemäßen Zustandes oder Betriebs der Anlage entstehen. Baubedingte Auswirkungen entstehen z.B. durch die Baufeldfreimachung, die Errichtung von Zufahrten, Befahrung der Fläche mit schweren Baufahrzeugen oder durch die allgemeine Bautätigkeit. Sie sind temporär und beschränken sich auf die Bauphase der Anlagen. Anlagebedingte Umweltauswirkungen sind während der gesamten Betriebszeit der Anlagen möglich. Hierzu zählen z.B. die Wirkungen auf den Boden durch die Fundamente, Kranstellflächen oder die Zufahrtswege. Auch die Anlagen selbst erzeugen Wirkungen wie z.B. visuelle Wirkungen auf das Landschaftsbild oder Scheuchwirkungen für Tiere. Betriebsbedingte Wirkungen sind Umweltauswirkungen, die mit dem Betrieb der Anlage unmittelbar verbunden sind. Hierzu zählen insbesondere akustische Wirkungen (Schall), Wirkungen durch Schattenwurf, oder Kollisionsgefährdung aufgrund rotierender Elemente (Rotoren). Im Havariefall kann eine ungewollte Schadstoffemission z.B. durch Brand oder die Freisetzung von Betriebsmitteln z.B. Schmierstoffe entstehen.
Festlegung der Untersuchungs-räume	Für die Abschätzung des vorhabensspezifischen Besorgnispotenzials auf die untersuchten Schutzgüter ist es erforderlich, dass von der Genehmigungsbehörde ein Untersuchungsraum definiert wird, der den Prüfumfang adäquat eingrenzt. Bezogen wurde sich auf die nach Einschätzung des StALU MS maximalen Reichweiten der Wirkfaktoren des Vorhabens die zu erwarten sind. Zur Eingrenzung des Untersuchungsgebietes werden folgende Untersuchungsräume bestimmt (untergliedert in die für diese allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls relevanten Untersuchungsgegenstände): - Boden, Wasser: Eingriffsfläche zzgl. 200m (Umfallhöhe, Rotorbereich) - Pflanzen/Biologische Vielfalt/Biotope: 500 m - Landschaftsbild: 11,034 km Wirkradius (Landesamt für Umwelt Naturschutz und Geologie (2006): Hinweise zur Eingriffsbewertung und Kompensationsplanung für Windkraftanlagen, Antennenträger und vergleichbare Vertikalstrukturen) - Mensch: Einzelfallbezogen/jeweilige Immissionsorte für Schattenwurf und Schall nach Schattenwurftrichtlinie bzw. TA Lärm - Bodendenkmale/Denkmale und sonstige Kultur- und Sachgüter: unmittelbarer Eingriffsort - Schutzgebiete: Bewertet wird eine mögliche Betroffenheit nach den „Hinweisen zur Festlegung von Eignungsgebieten für Windenergieanlagen“ (Anlage 3 der Richtlinie zum Zwecke der Neuaufstellung, Änderung und Ergänzung Regionaler Raumentwicklungsprogramme in Mecklenburg-Vorpommern vom 22.05.2012). Die empfohlenen Ausschluss- und Restriktionsgebiete für Windkraftnutzung dienen u.a. der Gewährleistung des Natur- und Umweltschutzes (Restriktionsgebiete sind entsprechend erläutert bzw. begründet). Für WEA außerhalb von Ausschluss- und Restriktionsgebieten sind keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgebiete und ihre Schutzziele mit Ausnahme der Horste/Nistplätze von Großvögeln zu befürchten. - Horste/Nistplätze von Großvögeln: bis 6 km (In Anlehnung an den größten Mindestabstand zu Brutplätzen bzw. Brutvorkommen WEA-sensibler Brutvogelarten lt. AAB WEA MV Teil Vögel 2016) Außerhalb der jeweiligen Untersuchungsräume sind keine erheblichen Auswirkungen zu befürchten.

Merkmale der Vorhaben nach Nr. 1 der Anlage 3 des UVPG Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:		Wirkzonen bzw. Untersuchungsräume	Überprüfung und fachliche Einschätzung der Genehmigungsbehörde der überschlägigen Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bauphase, Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe bzw. Abbau
1.1	Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und, soweit relevant, der Abrissarbeiten,		Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls bezieht sich auf die Errichtung und den Betrieb von sieben Windkraftanlagen folgender Typen: - 4 WEA Nordex N149/5.X (Nabenhöhe: 164,00 m; Rotordurchmesser: 149,10 m; Gesamthöhe: 238,55 m) - 2 WEA Nordex N163/6.X (Nabenhöhe: 164,00 m; Rotordurchmesser: 163,00 m; Gesamthöhe: 245,50 m) - 1 WEA Nordex N117/3600 (Nabenhöhe: 120,00 m; Rotordurchmesser: 116,80 m; Gesamthöhe: 178,40 m) Die Anlage erreicht keine Größen- oder Leistungswerte, die eine UVP-Pflicht begründen. (-)
1.2	Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten,		Zum Windeignungsgebiet (WEG) Altentreptow-Ost zählen derzeit 58 WEA. Drei WEA sind bereits genehmigt aber noch nicht errichtet. Weitere Vorhaben sind nicht zu berücksichtigen. Keine UVP-Pflicht der kumulierenden Vorhaben (< 20 WEA). (-)
1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden/ Wasser: Umfang einer Inanspruchnahme durch Flächenentzug, Versiegelung, Verdichtung, Nutzungsänderung, Bodenabtrag / -auftrag, Entwässerung, Eintrag von Schadstoffen; Natur und Landschaft: Angaben zur Nutzung und Gestaltung von Flora, Fauna, Biotopen und des Landschaftsbildes durch das Vorhaben		Fläche: Vollversiegelt (Fundamente) werden insgesamt ca. 3593 m ² , von einer Teilversiegelung (Kranstellfläche, Wege) betroffen sind 26.000 m ² . Der Flächenverbrauch wird auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt. (-) Boden: Die Lebensraumfunktion geht auf allen überbauten Flächen verloren, auf teilversiegelten Flächen entstehen im Verlauf der Sukzession neue, teilweise vergleichbare Lebensraumfunktionen. Der Verlust wird naturschutzfachlich kompensiert. (-) Wasser: Abwasser fällt nicht an. Anfallendes Regenwasser wird auf die umgebenden Grenzflächen / landwirtschaftlichen Nutzflächen abgeleitet und kann dort versickern, eine Beeinträchtigung des Grundwassers erfolgt nicht. Eingriffsbedingte Auswirkungen auf Oberflächengewässer sind nicht zu erwarten. (-) Natur und Landschaft: Die Realisierung des Vorhabens soll auf intensiv genutzten Ackerflächen erfolgen. Die Errichtung der Anlagen erfolgt ferner in einem ausgewiesenen Windeignungsgebiet, welches aufgrund von bestehenden Anlagen bereits vorbelastet ist. Zusätzliche Belastungen des Landschaftsbildes sind bauhöhenbedingt. Die Landschaftsbildbeeinträchtigungen werden durch geeignete Maßnahmen kompensiert. (-)
1.4	Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes,		Bei der Errichtung anfallende Restmaterialien, wie z.B. Verpackungsmaterial, werden sortenrein durch Fachfirmen entsorgt (Herstellereklärung). Bei Wartungen und Reparaturen anfallende Abfälle werden - wie bei der Errichtung - ordnungsgemäß entsorgt. Während des Betriebes der WEA werden keine weiteren betriebsbedingten Abfälle erzeugt. (-)

1.5	Umweltverschmutzung und Belästigungen,		Stoffliche Emissionen werden nicht erzeugt. Relevant sind hingegen Emissionen durch Schall und / oder Schattenwurf. Die Schallimmissions- sowie Schattenwurfprognosen wurden nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft erstellt. An den maßgeblichen Immissionsorten werden die Schall-Richtwerte deren Überschreitung zu erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen führen könnten, für den Tagbetrieb sicher eingehalten. Für den Nachtbetrieb ist zudem der Betrieb im schallreduzierten Modus 16 (WEA 64), 17 (WEA 66) und 6 (WEA 68) geplant. Beeinträchtigungen durch Schattenschlag werden durch das beantragte Schattenwurf-Abschaltsystem sicher unterhalb der Richtwerte gehalten. Lichtreflexionen werden durch spezielle Farbgebung der WEA vermieden. Lichtemissionen werden durch den Einsatz bedarfsgerechter Nachtkennzeichnung (BNK) auf das notwendige Maß reduziert. Bestandsanlagen sind nicht mit BNK ausgerüstet. Weitere Emissionen sind nicht zu erwarten. (-)
1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:		
1.6.1	verwendete Stoffe und Technologien,		Es werden Stoffe der Wassergefährdungsklasse 1 (schwach wassergefährdend) sowie Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 (wassergefährdend) eingesetzt (Betriebsmittel). Durch den Hersteller der WEA wurden Maßnahmen gegen den Austritt bzw. zum Auffangen von wassergefährdenden Stoffen getroffen. (-)
1.6.2	die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des BImSchG		Keine Betroffenheit. (-)
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft.		mögliche anlage-, bau-, oder betriebsbedingte nachteilige Wirkungen: • Schallemissionen (siehe 1.5), • Schattenwurf der Anlagen (siehe 1.5), • Lichtemissionen durch Befeuern (siehe 1.5), • Flächenentzug sowie • eine Beeinträchtigung der Erholungsfunktion durch die negative landschaftsästhetische Fernwirkung der Anlagen Die baubedingten Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch sind nur kurzzeitig (3-4 Monate) und ohne erhebliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Der dauerhafte Flächenentzug für die landwirtschaftliche Nutzung ist gering und nach Ende der Lebensdauer der WEA reversibel. Die zusätzlichen Beeinträchtigungen des landschaftsästhetischen Empfindens und des Erholungswertes der Landschaft sind auch aufgrund der bereits vorhandenen Windenergieanlagen ebenfalls nicht erheblich. Insgesamt sind daher die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch nicht erheblich nachteilig. (-)

2. Standort der Vorhaben (nach Anlage 3 des UVPG)

Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:

Standort der Vorhaben nach Nr. 2 der Anlage 3 des UVPG		Wirkzonen bzw. Untersuchungsräume	Einschätzung der Genehmigungsbehörde zu möglichen Empfindlichkeit/Betroffenheit des Standorts (Durch welchen Wirkfaktor ist ggf. eine Betroffenheit zu besorgen?)
2.1	bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien),		Art und Umfang: Das Windeignungsgebiet (WEG) sowie der Standort der WEA überlagern sich räumlich weitestgehend mit intensiv genutzten Agrarflächen. Es kommt zu oben beschriebenen Flächenverlusten durch die Errichtung der WEA (einschl. der Kranstellflächen) und der Zufahrt. Flächen im näheren Umfeld von Wohnsiedlungen sind nicht betroffen. Forst- und fischereiwirtschaftliche Belange werden nicht berührt. (-)
2.2	Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds (Qualitätskriterien),		Der direkte Vorhabenbereich sowie dessen Umfeld sind als Lebensraum von untergeordneter Bedeutung. Es handelt sich um eine intensiv bewirtschaftete Ackerlandschaft mit geringer Biotop- und Pflanzenartenvielfalt. Insgesamt ist das Vorhabengebiet aufgrund der bereits errichteten und betriebenen WEA und nicht zuletzt aufgrund der aktuellen ackerbaulichen Nutzung erheblich anthropogen vorgeprägt.
	Boden Empfindlichkeit gegenüber Bodenerosion; Stoffliche Belastung der Böden;		Die natürlichen Bodenfunktionen der direkt vom Vorhaben betroffenen allerdings sehr kleinen Flächen (versiegelte / teilversiegelte Flächen) gehen vollständig verloren bzw. werden erheblich eingeschränkt. Der Verlust wird naturschutzfachlich ausgeglichen. Erosionserscheinungen sind baubedingt möglich, gehen jedoch nicht über das Maß hinaus, das bei guter fachlicher Praxis der landwirtschaftlichen Nutzung eintritt bzw. ist damit vergleichbar. Besondere stoffliche Belastungen des Bodens sind nicht zu befürchten. Daher liegt diesbezüglich keine erhebliche Betroffenheit vor. (-)
	Wasserbeschaffenheit: Gewässergüte, Stoffhaushalt, hygienischer Zustand und planktische Biozönose, Situation von Hydraulik/Hydrologie, Morphologie und Beschaffenheit der Gewässersedimente		Oberflächengewässer sind nicht betroffen.

Standort der Vorhaben nach Nr. 2 der Anlage 3 des UVPG		Wirkzonen bzw. Untersuchungsräume	Einschätzung der Genehmigungsbehörde zu möglichen Empfindlichkeit/Betroffenheit des Standorts (Durch welchen Wirkfaktor ist ggf. eine Betroffenheit zu besorgen?)
	Grundwasserbeschaffenheit (Qualität), I- Geologie/-Hydrologie		Eine Grundwasserbeeinträchtigung durch Bau und Betrieb der Anlagen über das Maß, welches bei der landwirtschaftlichen Nutzung auftritt, ist nicht zu erwarten. Im direkten Vorhabenbereich wird die Grundwasserneubildungsfunktion kaum eingeschränkt. Es handelt sich vorliegend um eine Flachgründung, welche nicht in vorhandene Grundwasserleiter (Grundwasserflurabstände > 5 – 10m) eingreift.
	Luftqualität , z.B. Kurgebiete		Es befinden sich keine Gebiete mit hohem Anspruch an die Luftqualität in der Nähe des Vorhabens. Zudem ist durch die Errichtung und den Betrieb der Anlagen keine Veränderung der Luftqualität am Standort zu erwarten.
	Flora und Fauna		Der direkte Vorhabenbereich sowie dessen Umfeld sind als Lebensraum für Pflanzen und Tiere von nur geringer Bedeutung. Es handelt sich um eine intensiv bewirtschaftete Ackerlandschaft mit geringer Biotop- und Pflanzenvielfalt. Eine Vorbelastung ist durch die bereits bestehenden WEA gegeben. Um erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Fauna auszuschließen werden Vermeidungsmaßnahmen während Bauphase und Anlagenbetrieb durchgeführt. Dazu gehört zum Schutz der Bodenbrüter die Bauzeitenregelung außerhalb der Brutperiode. Zum Schutz wandernder Amphibien werden die Bauarbeiten außerhalb der Amphibienwanderzeit durchgeführt. Abschaltzeiten zum Schutz der Feldermäuse sind ebenfalls Bestandteil des Nutzungskonzeptes. Zum Ausschluss artenschutzrechtlicher Konflikte wird eine ökologische Baubegleitung durchgeführt. Die durch das Vorhabengebiet berührte, nach aktuellem Kenntnisstand windenergiesensible Fauna wurde abschließend durch die Genehmigungsbehörde geprüft. Unter Umsetzung der Vermeidungs- und Lenkungsmaßnahmen ist keine erhebliche Beeinträchtigung zu erwarten. (-)
	Landschaftsbild		In Verbindung mit den bestehenden WEA ist die zusätzliche subjektive Beeinträchtigung insgesamt als gering anzusehen. Der gesamte Vorhabenraum ist raumordnungsrechtlich für die Windenergienutzung vorgesehen und auch bereits erheblich vorgeprägt. Es werden keine bislang ungenutzten Flächen in Anspruch genommen, wodurch sich der Eingriff in das Landschaftsbild auf ein unbedingt notwendiges Maß reduziert. Der Eingriff in das Landschaftsbild wird kompensiert. Der Bedarf wird durch den Antragsteller ermittelt und durch die Genehmigungsbehörde geprüft. Dabei besteht folgende Kompensationshierarchie: Es werden vorrangig Realkompensationsmaßnahmen angeordnet. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen, ist die Abbuchung aus einem Ökokonto notwendig. Als letzte Maßnahme ist, sofern eine Realkompensation nicht zur Verfügung steht, ein Ersatzgeld zu leisten. (-)

2.3	Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien):		
2.3.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes	Europäisches Vogel-schutzgebiet + 500m	1. FFH-Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung DE 2245-302 „Tollensetal mit Zuflüssen“, ca. 1.360 m westl. des Vorhabens, Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzziele des FFH-Gebietes sind aufgrund der Vorhabensspezifik und der Entfernung 1,1 ausgeschlossen. Auswirkungen auf das SPA-Gebiet: DE 2347-401 „Großes Landgrabental, Galenbecker und Putzarer See“, süd-östlich des Vorhabens, sind aufgrund der Entfernung nicht zu erwarten. Die jeweils wertgebenden, windkraftsensiblen Vogelarten wurden, sofern die WEA im Tabu- oder Prüfbereich liegt, unter Pkt. 2.2 betrachtet (-)
2.3.2	Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst	Naturschutzgebiet +500m	Naturschutzgebiet "Feuchtgebiet Waidmannslust" (Entfernung zum Vorhabenstandort: ca. 2 km) Aufgrund der Entfernung des Gebietes zum Vorhabenstandort und der Spezifik des Vorhabens lassen sich keine vorhabenbedingten Wirkungen auf das Gebiet ableiten. (-)
2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst	Nationalpark + 1000m	Nationalpark "Müritz-Nationalpark –Teil Müritz Nr. NLP3a" (Entfernung zum Vorhabenstandort: ca. 30 km) Die Entfernungen der Nationalparke und Nationalen Monumente begründen keine weitergehende Prüfung.
2.3.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes	Biosphärenreservat + 500m Landschaftsschutzgebiete	1. Biosphärenreservat keine im Umkreis (-) 2. Landschaftsschutzgebiet "Tollensetal" Nr. 74a (ca. 2 km) (-) Es besteht ein Konflikt mit den Zielen der LSG hinsichtlich der Erholungsfunktion. Dieser wird jedoch durch die bereits bestehenden WEA und die Abstände zwischen den LSG und der geplanten WEA erheblich gemildert.
2.3.5	Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes		in mehr als 5 km Entfernung. (-)
2.3.6	geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes		(-)
2.3.7	gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes	Biotop bzw. Biotop ab 5ha + 200m	- DEM15840 Feuchtgrünland; aufgelassen; Phragmites-Röhricht; Ruderalvegetation (Gesetzesbegriff: Röhrichtbestände und Riede) - DEM15832 emporäres Kleingewässer; Wasserlinsen; Kleinröhricht; Großröhricht; Ruderalvegetation; Gehölz; Weide; sonstiger Laubbaum; Soll (Gesetzesbegriff: Sölle) - DEM15870 Gebüsch/ Strauchgruppe (Gesetzesbegriff: Naturnahe Feldgehölze) (-)

2.3.8	Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes	Wasserschutzgebiet + 200m	Wasserschutzgebiete sind vorhabenbedingt nicht betroffen. (-)
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind		Umweltqualitätsnormen sind in Gemeinschaftsvorschriften (EU) festgelegte quantifizierte und überprüfbare Anforderungen an die Beschaffenheit der Umwelt, die aus Gründen des Gesundheits- oder Umweltschutzes nicht überschritten werden sollen bzw. dürfen (z.B. Grenzwerte oder Zielwerte aus den Bereichen der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes oder des Bodenschutzes, vgl. UBA: <i>Kriterien, Grundsätze und Verfahren der Einzelfallprüfung bei der Umweltverträglichkeitsprüfung</i> 2006). Bei dem Vorhabenstandort handelt es sich um kein Gebiet, in dem die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind. (-)
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes		Die Regionalplanung als überörtliche räumliche Gesamtplanung legt zentrale Orte nach dem "System der zentralen Orte" fest (vgl. RREP MS 2011). Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte im Sinne des "Zentralen-Orte-Systems" befindet sich erst wieder in einer Entfernung von etwa 1,5 km (Grundzentrum Altentreptow) zum Vorhabenstandort. Die um die Vorhabenstandorte liegenden Ortslagen wurden bei der immissionsschutzrechtlichen Prüfung berücksichtigt. (-)
2.3.11	in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind	Einzelabwägung	2 Backsteinkirchen In Altentreptow (Entfernung ca. 2,6 km); Stadtor in Altentreptow (Entfernung ca. 2,6 km) Bachsteinkirche Neddemin (Entfernung ca. 4 km) Im Windfeld sind Bodendenkmale nach aktuellen Kenntnisstand nicht betroffen. Bei Erdarbeiten entdeckte Funde oder auffällige Bodenverfärbungen werden unverzüglich der zuständigen Denkmalschutzbehörde gemeldet. Die Fundstelle wird bis zu deren Eintreffen unverändert gelassen. (-)

Zusammenfassung

Aus Sicht des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte sind durch die Errichtung und den Betrieb von sieben Windenergieanlagen im WEG AT-Ost keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht gemäß § 5 Abs. 2 S. 2 und 3 UVPG ergeben sich wie folgt aus der Prüfung gemäß den in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien für die Vorprüfung:

- Es handelt sich, auch unter Berücksichtigung der Vorbelastung, nicht um ein UVP-Pflichtiges Vorhaben
- Nationale oder internationale Schutzgebiete sind durch das Vorhaben nicht betroffen.
- Ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko geschützter Tierarten wird durch technische Maßnahmen (z.B. zeitlich begrenzte Abschaltungen) und Lenkungsflächen sicher vermieden. Ebenso werden Schallemissionen und Schattenschlag auf zulässige Richtwerte begrenzt.
- Auswirkungen des Baubetriebs auf die Schutzgüter sind von vorübergehendem Charakter, reversibel und nicht erheblich.
- Die bei der Umsetzung des Vorhabens entstehenden, nicht vermeidbaren und nachhaltigen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft können im Rahmen der Eingriffsregelung durch landschaftspflegerische Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Die Auswirkungen dauern über den Zeitraum des Betriebes der Anlagen an. Nach Ende der Betriebsphase werden die Anlagen vollständig zurückgebaut.

Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls

Die Vorprüfung ergibt, dass nach den Maßstäben des § 7 Abs. 1 UVPG in der aktuell gültigen Fassung **keine UVP-Pflicht** für dieses Vorhaben besteht.

Datengrundlagen

- Aktuelle Antragsunterlagen
- Kartenportale des Landes Mecklenburg-Vorpommern